

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 7

Artikel: Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Mali

Autor: Goertz, Stefan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-905591>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Mali

Dieser Beitrag untersucht die aktuelle Sicherheitslage und Corona in Mali, die aktuelle Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus, den wenige Wochen alten Strategiewechsel des malischen Präsidenten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, den neu aufgestellten europäischen militärischen Anti-Terror-Verband Takuba sowie das Governance-Vakuum in Mali.

Stefan Goertz

Der Bürgerkrieg in Mali hat seine politisch-ethnischen Wurzeln in den letzten Jahrzehnten und seit 2012 zahlreiche Eskalationen erfahren. Zu einem seit Jahren stockenden Friedensprozess kommen die Probleme einer zunehmenden Fragmentierung der beteiligten Bürgerkriegsparteien sowie die Bedrohung durch Angriffe dschihadistischer Kräfte hinzu. Die islamistisch-terroristischen Anschläge und Angriffe richten sich seit Jahren gegen die internationalen Truppen (u.a. gegen die UN-Mission MINUSMA und die EU-Mission EUTM) sowie gegen die malischen Sicherheitskräfte. Dazu erhöht die Corona-Pandemie den Druck auf die schwachen staatlichen Strukturen in Mali, während sie die dschihadistischen Organisationen, Gruppen und Milizen kaum beeinträchtigt, so dass die Anschlagswahrscheinlichkeit angestiegen ist.

Die aktuelle Sicherheitslage und Corona

Gemäss einem Bericht der UNO aus dem Dezember 2019 verschlechtert sich die humanitäre Lage in Mali zusehends: Etwa vier Millionen Malier benötigen humanitäre Unterstützung, das sind über 20 Prozent der Bevölkerung, Tendenz steigend.¹ Die Anzahl Toter und Verletzter durch dschihadistische Anschläge steigt seit Monaten stark an und mehr als 1000 Schulen wurden geschlossen. Die malische Bevölkerung kann keine spürbare Wirkung der internationalen Militärmisionen feststellen und eine staatliche Präsenz ausserhalb der Hauptstadt Bamako ist kaum vorhanden. Negativen Einfluss auf die Sicherheitslage Malis nehmen neben dem islamistischen Terrorismus auch Drogenschmuggel, Organisierte Krimina-

lität (OK) und allgemeine Kriminalität.² Erschwerend hinzu kommt, dass das Coronavirus Mali erreicht hat und das Zusammentreffen von einem sehr schwachen Gesundheitssystem, schlechter Wasserversorgung und Symptome eines «failing state» die Sicherheitslage in Mali in der mittelfristigen Zukunft negativ beeinflussen werden.

Die Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus

Das deutsche Auswärtige Amt warnt davor, dass islamistisch-terroristische Anschläge überall in Mali jederzeit möglich sind. Insbesondere im Norden und im Zentrum Malis (Region Mopti) kommt es regelmässig zu islamistisch-terroristischen Anschlägen und militärischen Kampfhandlungen. Aber auch in den nordöstlichen und zentralen Landesteilen sind dschihadistische Gruppen aktiv. Auch im Süden des Landes und in der Hauptstadt Bamako kann eine Gefährdung durch dschihadistische Gruppen nicht ausgeschlossen werden. Von isla-

mistisch-terroristischen Anschlägen in Bamako waren in den letzten Jahren vor allem die Zivilbevölkerung Malis und Ausländer betroffen.³

Dschihadistische Anschläge auf zwei Kasernen in Mali im Oktober 2019 bewiesen die Ohnmacht der Streitkräfte Malis und auch des Militärbündnisses G-5 Sahel – dem Anti-Terror-Militärbündnis zwischen Mali, Mauretanien, Burkina Faso, Tschad und Niger – gegenüber dem islamistischen Terrorismus. Bei den Anschlägen auf zwei Kasernen wurden mindestens 25 Soldaten getötet, etwa 15 der Attentäter kamen ums Leben etwa 60 Soldaten werden noch vermisst und wurden eventuell entführt. Eines der angegriffenen Bataillone gehörte zur G5-Sahel. Die Anschläge an den beiden Orten Mondoro und Boulkessy, unweit der Grenze zu Burkina Faso, waren die schwersten seit Monaten und die gravierendsten gegen die G-5 Sahel seit deren Gründung im Jahr 2014. Diese Anschläge sind ein Indikator dafür, dass sich die Sicherheitslage in Mali nicht stabilisiert, sondern verschlechtert.⁴ Zwar konnte eine französische Militärintervention im Januar 2013 den Vormarsch der Dschihadisten

MINUSMA Camp in Timbuktu.





Nach einem islamistischen Anschlag in Gao.

in Richtung der Hauptstadt Bamako stoppen, doch mittlerweile sind wieder weite Teile im Norden des Landes der staatlichen Kontrolle entglitten. Nach Angaben des UNO-Generalsekretärs António Guterres haben sich die zivilen Todesopfer zwischen 2012 und 2018 in den Ländern der G-5 Sahel vervierfacht. Zeitgleich erstarkt die dschihadistische Organisation Boko Haram im Grenzgebiet von Nigeria, Tschad und Kamerun erneut.⁵

Eine Strategie gegen die Ausbreitung des Dschihadismus, die vor Monaten noch als wirkungsvolles Mittel erschien, sind Bürgerwehren und Selbstverteidigungsmilizen. In letzter Zeit haben diese sich jedoch als kaum noch kontrollierbar erwiesen. In Mali handelt es sich hierbei um Vertreter der Volksgruppen der Dogon und der Bambara, die unter den nomadisierenden Viehzüchtern der Peulh regelmäßig Massaker veranstalten. Die Dogon und Bambara stellen die muslimischen Peulh unter den Verdacht, mit den Dschihadisten zu kooperieren. Dies hat vor allem mit dem extremistischen Pre-

diger Amadou Koufa zu tun, der selber Peulh ist. Seine Gruppe Katiba Macina ist mit der Al-Qaida und anderen dschihadistischen und islamistischen Organisationen der Region verbunden, die sich 2017 zur «Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime» (GSIM) zusammenschlossen.⁶

Strategiewechsel des malischen Präsidenten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus

Der militärische Kampf gegen die islamistischen Terroristen in Mali wird auch mit der Unterstützung ausländischer Soldaten geführt – allein die UN-Stabilisierungstruppe MINUSMA verfügt im Augenblick über 12 000 Soldaten und 1500 Polizisten – und Frankreich hat im Frühjahr 2020 seine Truppen in der Region aufgestockt. MINUSMA gilt aktuell als die gefährlichste Blauhelm-Mission weltweit. Doch der Präsident Malis, Ibrahim Boubacar Keita, setzt neuerdings parallel dazu auch auf Verhandlungen mit den Dschihadisten: «Es ist meine Pflicht und die Mission, jeden möglichen Raum zu

Niederländische Task Group
Desert Falcon.

schaffen und alles Mögliche zu versuchen, damit wir eine Art Frieden erreichen können. Denn die Zahl der Toten im Sahel wächst exponentiell. Ich glaube, es ist Zeit, bestimmte Wege zu gehen.»⁷

Obwohl in Mali tausende nationale und internationale Soldaten im Anti-Terror-Einsatz eingesetzt sind, hat sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren verschlechtert und der Bürgerkrieg wandert vom Norden des Landes, wo er vor acht Jahren begann, ins Landesinnere. Der islamistische Terrorismus breitet sich mittlerweile aber auch von Mali nach Burkina Faso und im Niger aus, wo sich die Anzahl der Opfer von terroristischen Angriffen durch Aufständische verfünfachte.

Ein neuer militärischer Anti-Terror-Verband europäischer Staaten

Gegenläufig zum Strategiewechsel des Präsidenten Malis wollen elf Europäische Staaten – Belgien, Dänemark, Deutschland (wohl nur mit Logistik), Estland, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Tschechien, Schweden und das Vereinigte Königreich – bis zum Sommer 2020 einen militärischen Anti-Terror-Verband für Mali aufgestellt haben. Dieser Anti-Terror-Verband mit dem Namen Takuba (das Wort bedeutet in der Tuaregsprache Schwert) soll unter französischem Kommando – die französischen Streitkräfte sind ehemalige Kolonialmacht und seit Jahrzehnten in Afrika aktiv – sowohl Malis Truppen als auch die französische Mission Barkhane im offensiven Kampf gegen Dschihadisten unterstützen. Takuba sollen mehrere Hundert Einsatzkräfte angehören und seine Arbeit in der Region Liptako aufnehmen. Das Grenzgebiet zwischen Mali und Niger gilt als Rückzugsort für einflussreiche Dschihadistengruppen.⁸ Die 4500 Soldaten starke französische Operation Barkhane mit 19 Hubschraubern, zehn Transportflugzeugen, sieben Kampfflugzeugen, drei Drohnen und ca. 1000 militärischen Fahrzeugen war in den letzten Monaten immer stärker an die Belastungsgrenze geraten.⁹ Als erster EU-Staat kündigte Estland Ende 2019 an, in der zweiten Jahreshälfte militärische Spezialkräfte für Takuba zu entsenden. Die französische Anfrage ging auch an



Bilder: wikimedia commons

Schiessausbildung der EUTM.

Deutschland, das zum dritten Mal Bitten aus Paris abgeschlagen hat, mit deutschen militärischen Spezialkräften die französische Mission Barkhane zu unterstützen. Die beiden bisherigen Mandate in Mali, für die Deutschland Truppen stellt, die European Union Training Mission (EUTM Mali) und die MINUSMA beinhalten kein Anti-Terror-Kampfmandat. Die EUTM Mali ist eine reine Ausbildungsmision, die im Süden (Koulakoro Training Center) Malis eingesetzt ist. Die Kernaufgaben der MINUSMA wiederum sind die Unterstützung der Waffenruhevereinbarungen und der vertrauensbildenden Massnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie der Umsetzung des Abkommens für Frieden und Aussöhnung.¹⁰

Ein Governance-Vakuum – Mali als «failing state»

Verschiedene Sicherheitsexperten fordern mehr Autonomie für die Provinzen Malis, eine Dezentralisierung und ein Staat, der seinen hoheitlichen Aufgaben von «good governance» auch nachkommt. Für die Bevölkerung gerade im Norden Malis ist der Staat weder sichtbar noch defacto vorhanden. Bildung, Gesundheit und Sicherheit fehlen und dieses Governance-Vakuum nutzten in der Vergangenheit islamistische Gruppen und bauten staatsähnliche Parallelstrukturen auf, unter anderem extremistische Koranschulen. Im Herbst 2019 wurde ein Mitglied einer dschihadistischen Organisation in einem Interview mit dem Deutschlandfunk gefragt, was ihn islamistisch-radikaliert habe. Darauf antwortete er: «Die Zollbeamten, die Polizisten, alle haben mir ständig Geld abgezweigt.» So würden die malischen Beamten Waren wie Zucker, Tee, Kekse und Speiseöl als Schmuggelware bezeichnen und konfiszieren. «So viel, dass

dir am Ende nichts bleibt.»¹¹ Der malische Staat verkörpert für einen Grossteil der malischen Bevölkerung willkürliche Beamte, korrupte Polizisten und Dorfchefs, welche die Bevölkerung unterdrücken und auspressen, aber auch malische Soldaten, die bei ihrer Jagd auf Dschihadisten wahllos muslimische Peulh verhaften, foltern und töten. Diese hier beschriebene tiefe Frustration und Wut vieler Malier stellt einen wesentlichen und bisher unterschätzten Faktor bei der Islamisierung Malis und der Sahel-Zone dar, ein Radikalisierungsfaktor, der mit wirtschaftlich-finanziellen Mitteln und Programmen angegangen werden müsste.

Die internationalen Militär-Missionen und Corona

Seit Anfang April ist das Ausbildungspogramm der EUTM wegen Corona auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Durch die Corona-Pandemie besteht die Gefahr, dass sich EUTM und MINUSMA nicht mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren können, die Stabilisierung des fragilen Staates Mali. Die malischen Dschihadisten wiederum denken nicht an ein Aussetzen ihrer paramilitärischen Strategie. Der Bürgerkrieg in Mali ist sehr kompliziert, es gab immer wieder Aufstände verschiedener Rebellengruppen in den weitgehend unregierten Regionen im Norden des Landes. In den letzten Monaten gelang es malischen Islamisten und Dschihadisten den Bürgerkrieg auf der Ebene eines ethnisch-religiösen Konflikts zu befeuern.¹²

Ende des Jahres 2019 waren ca. 80% der Malier mit der Arbeit von MINUSMA nicht zufrieden, so das düstere Stimmungsbild einer Umfrage der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung.¹³ Nach Angaben dieser Umfrage haben die Malier nicht das Gefühl, dass die internationalen Soldaten sie wirksam vor den bewaffneten Gruppen schützen. So äusserten Malier

auf den Strassen Bamakos und Koulakoro, dass die internationalen Kräfte zwar im Land seien, sich aber vor allem damit beschäftigen, selbst nicht in Gefahr zu geraten. Genau dieser Eindruck, ob gereffertigt oder nicht, könnte sich nun in den nächsten Wochen verstärken, wenn EUTM und MINUSMA ihre Aktivitäten wegen Corona zurückfahren.¹⁴

Fazit und Ausblick

Die sicherheitspolitische Lage in Mali eskaliert seit Monaten, trotz der über 12000 internationalen Soldaten und 1500 internationalen Polizisten, die in Mali eingesetzt sind. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg der neu gegründete europäische Anti-Terror-Verband Takuba im Kampf gegen die malischen Dschihadisten haben wird. Dazu bleibt festzustellen, dass das signifikante Governance-Vakuum ausserhalb der Hauptstadt Bamakos einerseits und das Coronavirus andererseits den Rebellen und den Dschihadisten Malis in die Hände spielen. Prognostisch ist davon auszugehen, dass der Bürgerkrieg in Mali noch einige Zeit anhalten wird. ■

1 <https://www.swp-berlin.org/publikation/malider-terror-im-sahel-und-covid-19/>; 15.5.2020.

2 Ebd.

3 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/mali-ode/malisicherheit/208258>; 15.5.2020.

4 <https://www.nzz.ch/international/g-5-versagt-in-sahel-der-terror-breitet-sich-aus-ld.1513111>; 15.5.2020.

5–6 Ebd.

7 https://www.deutschlandfunk.de/mali-strategiewechsel-im-anti-terror-kampf.799.de.html?dram:article_id=471942; 15.5.2020.

8 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/sahel-zone-sondereinheit-mali-anti-terror-islamismus-europa>; 15.5.2020.

9 Pabst, M. (2020): Afrika/Sub-Sahara, Frankreich/Sahel, in: ÖMZ 2/2029, S. 263.

10 Ebd.

11 <https://www.nzz.ch/international/g-5-versagt-in-sahel-der-terror-breitet-sich-aus-ld.1513111>; 15.5.2020.

12 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/bundeswehr-mali-coronavirus-krieg-terrorimus-minusma/komplettansicht>; 15.5.2020.

13–14 Ebd.



Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck